



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,30 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 0,50 Goldmark, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

MAIAUF RUF

Der Internationale Gewerkschaftsbund richtet anlässlich des bevorstehenden 1. Mai einen dringenden Appell an alle Landeszentralen, das Maximum ihrer Kräfte einzusetzen, um dem Weltfeiertag der Arbeit einen großartigen und außerordentlichen Charakter zu geben, wie ihn die heutige Lage erfordert.

Allen ihren Forderungen voran muß die international organisierte Arbeiterklasse den Kampf für den Frieden stellen.

Gegen Krieg und Militarismus muß sie die volle Wucht ihres Kampfes richten.

Der Friedensgedanke der Arbeiter ist aus ihrem Klassenbewußtsein entstanden und eng verbunden mit ihren Fortschritts- und Freiheitsideen, die, gegründet auf die Solidarität aller Völker, sie zu unerbittlichen Gegnern des Krieges macht und sie zwingt, die Idee der Freiheit und Gerechtigkeit unflöchlich mit der Friedensidee zu verknüpfen.

Die ganze internationale Arbeiterbewegung hat den Friedenswillen des Proletariats zu ihrem Ausgangspunkt. Für den Frieden arbeiten, heißt für die proletarische Befreiung arbeiten!

Diese Wahrheit hatte zu allen Zeiten ihre Geltung; sie hat sie heute mehr als je.

Die Welt — und namentlich Europa — kann sich aus dem Elend und den Ruinen des Krieges nur erheben durch den Frieden — durch einen Frieden, der die Zusammenarbeit der Völker ermöglicht, die mehr als je ihre Kräfte vereinigen müssen, um der wirtschaftlichen Desorganisation und dem finanziellen Zusammenbruch, die den durch Krieg verursachten Katastrophen neue hinzufügen, ein Ende zu machen.

Gegenüber dem auf der schlimmsten sozialen Rückständigkeit gegründeten völkerverhebenden politischen Nationalismus, gegenüber dem wirtschaftlichen Nationalismus, von dem nur der Besitz profitiert, muß die Arbeiterklasse eine internationale Organisation der Wirtschaft fordern, die sich auf der friedlichen Zusammenarbeit aller Völker und auf dem Prinzip der internationalen Verteilung der Rohstoffe aufbaut.

Laut und allen vernehmlich muß die Arbeiterklasse ihre Stimme für ihre Forderungen und Grundsätze erheben.

Sie muß die tatsächliche Organisierung des Friedens fordern durch eine allgemeine Abrüstung, um zugleich die Völker von unerträglichen Lasten zu befreien

sowie durch Errichtung eines obligatorischen Schiedsgerichtes zur Schlichtung internationaler Streitigkeiten.

Die Arbeiterklasse muß ferner alle ihr zukommende soziale Gerechtigkeit verlangen, indem sie auf einem immer weiteren Ausbau der Rechte der Arbeit besteht.

Die internationale Arbeitergesetzgebung darf nicht toter Buchstabe bleiben; die Abkommen müssen durch gesetzliche Festlegung lebendige Wirklichkeit werden.

Die Schaffenden, die Schöpfer des Reichtums, durch deren Arbeit die Gesellschaft lebt, fordern ihren Anteil an der Kontrolle und Verwaltung in der Organisation des Produktionsprozesses und der Verteilung der Güter.

An den sozialen Errungenschaften des Achtfundentages und der Sozialversicherung, diesen wichtigsten eroberten Posten, muß festgehalten, auf ihre Verallgemeinerung unablässig hingearbeitet werden.

Die Eroberung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter sowie die Reorganisation der Wirtschaft sind unerlässlich für eine wirksame Bekämpfung und Niederhaltung der kapitalistischen Einflüsse und zur Vorbereitung einer sozialen Ordnung, in der die Früchte der Arbeit nicht mehr den Besitzenden und Bevorrechteten, sondern der Gesamtheit zufallen.

Mit dem Triumph dieser Forderungen wird die Arbeiterklasse den Beweis erbringen, daß sie reif ist für die Verwirklichung ihrer historischen Mission: die Befreiung der Arbeit durch Frieden und soziale Gerechtigkeit.

Diese Forderungen sollen dem Weltfeiertag von 1924 Sinn und Gepräge geben!

Überall, in allen Ländern muß der Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes bei der Arbeiterschaft Gehör finden! Die Massentundgebung des Proletariats sei ein überwältigendes Zeugnis seiner Kraft, seines erwachten Bewusstseins, seines Willens zum Sieg!

Für ein besseres Dasein! Für die soziale Gerechtigkeit! Für die Freiheit! Für den Weltfrieden!

Für den Internationalen Gewerkschaftsbund:

L. Jouhaux (Frankreich), Th. Leipart (Deutschland), Corn. Mertens (Belgien)
Vizepräsidenten.

J. Dubegeest, Joh. Sassenbach, J. W. Brown, Sekretäre.

Maigedanken.

Wenn die alte Mutter Erde sich in ein neues, ein frisches grünes Gewand kleidet, wenn Winterstürme und -fäste und der wetterwendische April ihrem Ende entgegengehen, gleichsam eine neue Auferstehung der Natur eintritt, dann erhebt sich das Proletariat der ganzen Welt, um für seinen Auferstehungstag zu demonstrieren, um die eisseige Last des Kapitalismus von der Menschheit abzuschütteln, es feiert seinen Feiertag, seinen Weltfeiertag. Ein Monat des Erwachens, der Neubebung der Natur ist der Monat Mai, ein Tag des Erwachens, ein Tag, an dem alle Proletarierherzen nur der eine Wille befeelt, sich eine neue, freiere Welt zu schaffen, ist der 1. Mai, der Tag der in aller Welt demonstrierenden internationalen Solidarität.

Als nach vielen Jahren der Zerrissenheit, nach dem Zusammenbruch der ersten Internationale, am Tag der hundertsten Wiederkehr des Sturms auf die Bastille, am 14. Juli 1889, sich erneut die Arbeitervertreter aller Länder zusammenfanden, um von neuem den internationalen Gedanken fruchtbar werden zu lassen, beschloß man, den 1. Mai als den Weltfeiertag der Arbeit zu proklamieren. Der Kapitalismus hatte große Fortschritte gemacht. Die Industrialisierung war mit großer Schnelligkeit vorwärtsgewand und mit ihr eine Erstarkung der Arbeiterbewegung. Der Arbeiterschuh hatte nicht Schritt gehalten mit der Entwicklung und die Tagung sah ihre größte Aufgabe darin, den Kampf um einen wirksamen Arbeiterschuh aufzunehmen. Der 1. Mai wurde als der Tag bestimmt, an dem die Arbeiter aller Länder ihre Stimme erheben sollten für den Achtfundentag, den Ausbau der Sozialgesetzgebung, für eine neue Menschheitskultur. Auch die Geißel des Krieges erkannte die Arbeiterschaft und für den Völkerverfrieden demonstrierte

sie als eine der Grundlagen zur freierlichen Entwicklung und gegen den Imperialismus.

Der 1. Mai wuchs in seiner Bedeutung, seiner Größe von Jahr zu Jahr. Mit der fortschreitenden Arbeiterbewegung schritt der Erfolg für die Arbeiterschaft vorwärts. Einst kühn erträumte und aufgestellte Forderungen waren zur Wirklichkeit geworden. Aber neue Forderungen, neue Gedanken, neue Aufgaben mußte sich die internationale Arbeiterbewegung stellen und mußte weiter kämpfen, um vollends ihr Programm der Sozialgesetzgebung durchzusetzen. So waren die Maitage Kampftage und Freudentage des internationalen Proletariats.

Als im August 1914 erneut das Band der Internationale zerrissen wurde und die Kriegswirren die Länder durchooben, sank auch der 1. Mai in seiner Bedeutung. Doch er feierte seine Auferstehung mit dem Siege des Proletariats in Deutschland. Der Achtfundentag, die Möglichkeit zum vollkommenen Ausbau der Sozialgesetzgebung waren gegeben, das Proletariat hatte das Schicksal des Landes in die Hand genommen, um Deutschland reif zu machen für den Sozialismus. Die aufstrebende Reaktion, der nur juridgedrängte und nicht zusammengebrochene Kapitalismus hatte die Möglichkeit, im Meinungstreit der Arbeiter sich wieder Erleichterung zu verschaffen und Schritt um Schritt den Einfluß der Arbeiter zurückzudrängen.

Das Proletariat feierte den vorigen 1. Mai im Zeichen der Ruhrbefegung, unter dem Eindruck eines an Deutschland begangenen Unrechts, was den Protest des gesamten internationalen Proletariats hervorgerufen hatte. Der diesjährige Weltfeiertag steht im Zeichen einer sich kräftig regenden Reaktion, die die im harten, opferreichen Kampfe errungenen Rechte der Arbeiterschaft vernichten will.

Schwere Jahre hat das deutsche Proletariat hinter

sich, Jahre, die der Arbeiterbewegung Kraft und dem Arbeiter Gesundheit raubten. Die Inflation hat graufige Arbeit geleistet. An den Rand des Abgrundes waren die Organisationen der Arbeiter gedrängt und mit ihrer Machtlosigkeit vermehren sich die Angriffe der Reaktion; die von der Arbeiterschaft errungenen Erfolge wurden illusorisch gemacht. Der mit vielen Mühen erkämpfte Achtfundentag konnte nur schwer gehalten werden, er wurde von der Reaktion durchbrochen und schrittweise mußte die fast wehrlose Arbeiterschaft zurückweichen. Die Sozialgesetzgebung hat nicht nur einen Stillstand, sondern einen Abbau erfahren müssen. Das angekündigte einheitliche Arbeitsrecht ist eine Ankündigung geblieben. Die Reaktion marschiert in breiter Front. Der Kapitalismus reißt sein Haupt empor und Peitschenhiebe sausen auf den Rücken der Arbeiterschaft.

Aber noch weit mehr steht auf dem Spiel. Die Arbeiterschaft hat sich im November 1918 die demokratische Republik geschaffen. Auf ihrem Boden will die Arbeiterschaft den Sozialismus errichten. Auch die Republik soll ein Opfer der Reaktion werden. Offene und geheime Feinde umlauern sie, um ihr den Garaus zu machen. Die letzte und zugleich die wichtigste Errungenschaft der Revolution ist bedroht, denn sie bietet uns die Gewähr dafür, daß nach dieser Reaktionsperiode die der gefestigten Demokratie, die Periode der aufstrebenden Arbeiterherrschaft, folgt.

Der 1. Mai 1924 steht darum im Zeichen des Kampfes. Im Zeichen der Abwehr reaktionärer Angriffe und im Zeichen der Rückgewinnung verlorener Positionen. Gleich 1889 muß das Proletariat heute an seine Fahnen die Forderungen heften: Her mit dem Achtfundentag, Ausbau der Gesetzgebung, für den Völkerverfrieden, für Erhaltung der Republik, für eine neue Menschheitskultur, für den Sozialismus. Die

Depression in der Arbeiterchaft ist vorüber. Erneut zum Kämpfen, zum Schaffen steht das Proletariat auf. Nach den Jahren der Verzweiflung folgt die Erhebung und zeigt sich der Wille zum Kampf. Millionen Proletarier sind bereit, für ihr Ideal einzustehen, es hat die sie umgebende Gefahr erkannt. Es schmiedet seine Waffen zum Kampf mit dem Bewußtsein, sie zum Siege zu führen. Es war, als ob ein Schatten der Hilflosigkeit sich auf die Arbeiterbewegung gelegt hatte. Jetzt erkennen die Arbeiter wieder, daß die proletarischen Organisationen den Weg der Zukunft zeigen. „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.“ Dieser Ruf von Marx dringt am 1. Mai in jede Proletarierbrust. Alle Proletarier scharen sich um die Banner ihrer Organisationen, die die Arbeiterchaft zum Siege führen werden. Schon heute sieht das Proletariat leuchtende Wegzeichen des Sozialismus. In England leitete eine Arbeiterregierung intensive Vorarbeit. Aus Dänemark kam in den letzten Tagen die Nachricht, daß auch hier die Arbeiterchaft den Sieg davongetragen hat. Nicht Zusammenbruch, sondern neues Leben, neue Taten, neue Erfolge des Sozialismus bringen uns die Nachrichten aus der ganzen Welt. Die Idee des Sozialismus marschiert.

Das gesamte internationale Proletariat schaut in dieser Zeit auf das deutsche Proletariat. Die deutsche Reaktion ist eine Stütze der gesamten internationalen Reaktion. Fällt sie, dann ist der Weg für den internationalen Sozialismus frei. Hier liegt die große Aufgabe des deutschen Proletariats. Die Arbeiterchaft Deutschlands muß den 1. Mai durch wuchtige Kundgebungen begehen. Kein Mann darf fehlen, alle muß der Wille befehlen, den Kampf mit der Reaktion aufzunehmen. Am 1. Mai rüttelt alle Säuglinge auf zur Demonstration. Zu Millionen müssen die Arbeiter ihre Fahnen erheben. Durch unsere Kraftentfaltung wird die Reaktion gebannt, werden Zweifler und Vögel auf den richtigen Weg gewiesen. Am 4. Mai demonstriert das Proletariat nochmals mit dem Stimmzettel. Mit der frischen Natur zieht ins Proletariat ein neuer Geist. Allen Proletariern ist der 1. Mai das Wahrzeichen einer neuen Zukunft, einer neuen, die Menschheit beglückenden Zeit, einer neuen Kultur, der 1. Mai ist das Wahrzeichen der Menschheitsbefreiung vom Kapitalismus und ist der Tag, an dem alle Proletarier ausbrechen in den Ruf: Hoch der Sozialismus! H. K., Berlin.

Lohntampf und Wahlkampf.

Gewöhnlich werden diese Dinge auseinandergehalten. Für den Lohntampf sind die Gewerkschaften, für den Wahlkampf die Parteien da. Aber es gibt Situationen, in denen der Lohntampf zum Gegenstand des Allgemeininteresses wird, wie dies beim Konfektionsarbeiterstreik 1896, beim Streik der Hamburger Hafenarbeiter 1898, beim Crimmischer Textilarbeiterstreik 1903/04, beim Bergarbeiterstreik 1912 der Fall war, besonders dann, wenn es sich um Probleme handelt, die, falls der Kampf zwischen Kapital und Arbeit keine Entscheidung bringt, im Wege der Gesetzgebung gelöst werden müssen. Und es gibt Lohntämpfe, die wiederum erst durch die Gesetzgebung aufgelöst werden, wie die Kämpfe um die Arbeitsdauer, die wir der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 und besonders der Aufhebrückung der geltenden Tarifverträge zu danken haben. Schließlich sind die gesamten Lohnkämpfe während der Inflationsperiode zu rechnen als ein ebenso ständiger wie vergeblicher Versuch der Gewerkschaften, den Folgen einer durch die Gesetzgebung nicht verhüteten Selbstentwertung fertig zu werden.

Aber man braucht die politische Seite des Lohnkampfes noch gar nicht einmal so zu verallgemeinern. Es genügt schon, an den starken Einfluß zu erinnern, den der Staat auf die Lohnbewegungen durch seine Schlichtungs-

instanzen ausüben kann und der durch das Mittel der Verbindlichmachung von Schiedssprüchen sogar Lohnkämpfe verhindern und einer Partei einen Schiedsspruch gegen ihren Willen aufzwingen kann. Dieses Recht war der Regierung während der Demobilisierungszeit verlehren worden als Ausfluß jener gemeinwirtschaftlichen Einstellung, die Kämpfe verhüten wollte, um die Ueberzeugungswirkung zu fördern. Die Demobilisierungsverordnungen sind fast alle abgebaut, aber der Zwangsschiedspruch ist geblieben. Man kann ihn für nützlich oder für schädlich halten. Starke Gewerkschaften werden in ihm eine bedeutliche Stützung des Koalitionsrechtes erblicken. Aber sicher ist, so lange ein solches Zwangsschiedsrecht besteht, ein starkes Moment der Politisierung der Lohnkämpfe gegeben, da die Anwendung dieses Rechts völlig von den regierungsbehördlichen Schlichtern und dem Reichsarbeitsministerium abhängt. Und da das Reichsarbeitsministerium wieder im Sinne der derzeitigen Regierung arbeitet und die Regierung vom Reichstag gebildet wird, so sind die starken Fäden bloßgelegt, die den Lohnkampf mit dem Wahlkampf verbinden.

Im gegenwärtigen Wahlkampf kulminiert sich das Interesse an der Arbeiterpolitik der Reichsregierung in einem Maße, daß alle übrigen Fragen dahinter zurücktreten. Die Regierung, unbeschwert durch sozialdemokratischen Einfluß und daher aller Rücksichtnahme auf Arbeitnehmerinteressen bar, hat sich auf eine Produktionspolitik eingestellt, die lediglich dem Unternehmer zugute kommt. Mehrarbeit, längere Arbeitszeit, niedrige Löhne sind ihr Programm. Sie betätigt es einmal als Arbeitgeber gegenüber ihren eigenen Arbeitnehmern, indem sie deren Arbeitszeit verlängert und sich gegen die Anpassung der Löhne an die Teuerung wehrt. Daher die Lohnbewegungen in der Reichspostverwaltung, die teilweise schon zu Arbeitsentstellungen geführt haben. Sie lehnt aber auch dort den Lohnausgleich ab, wo der Staatsbetrieb ihn zu tragen vermag, und zwar geschieht dies eingeständnermaßen aus Rücksicht auf die Privatwirtschaft. Der Reichsfinanzminister, der die Seele dieser eigenartigen Lohnpolitik ist, hat sich dafür die Theorie zurechtgelegt, daß jede Lohnherhöhung in finanziellen Betrieben solche in der übrigen Wirtschaft nach sich ziehen müsse und einen Mehrbedarf an Zahlungsmitteln erfordere, der die Rentenmarkt gefährde. Mögen die Preise also wieder in die Höhe gehen, mögen die Mieten steigen, jeder Lohnausgleich ist aus Rücksicht auf die Stabilität der Währung abzulehnen. Es sei daran erinnert, daß das Reichsfinanzministerium am 14. Januar d. J. in einem Schreiben an das Reichsarbeitsministerium einen Druck im Sinne dieser Lohnpolitik auszuüben suchte, aber von letzterem eine Ablehnung erfuhr. Ein Jahr zuvor hatte das Reichsarbeitsministerium eine Rundgebung gegen Lohnherhöhungen (die damals nichts anderes als ein Ausgleich gegen Teuerung bedeutete) veröffentlicht, und eine Denkschrift des Reichsfinanzministers vom 30. September 1922 über die geltende Gehaltsliste enthielt bereits alle Argumente gegen die Anpassung der Löhne an die Teuerung. Das Reichsfinanzministerium weiß natürlich sehr gut, daß die Wirtschaft und die Währung nicht nur durch Niedrighaltung der Löhne entlastet, ja auch die Dauer überhaupt nicht auf Kosten der Arbeiter saniert werden können, sondern daß nur eine Vereinfachung der Wirtschaft von ihren Schmarokern und überflüssigen Unkosten eine dauernde Besserung verpricht. Aber es weiß auch, daß die privaten Wirtschaftsführer auf solche Moralreden pfeifen und durch die Rentenmarkt-Wart die Reichsfinanzen scharf kontrollieren. Es stellt seine Taktik daher ein auf die Seite des geringsten Widerstandes, und das sind zurecht die Arbeitnehmer, deren Organisationen durch die Inflation gelitten haben, deren Schlagkraft durch die Krisis gelähmt ist. Auf Schwäche braucht man keine Rücksicht zu nehmen — das ist die Moral des Reichsfinanzministers, die natürlich die volle Billigung der Arbeitgeberverbände findet. Das Reichskabinett hat sich diese Taktik zu eigen gemacht, verhindert die Durchführung abgelaufener Lohnverträge und teilt Lohnherhöhungen im Eisenbahnbereich ab, alles für die Stützung der Rentenmarkt, die die Arbeiter retten soll.

Hier wird von der Reichsregierung eine zentrale Lohnpolitik betätigt, die sich in verhängnisvollster Weise gegen die Arbeitnehmer richtet. Und die Arbeitgeberverbände, die sonst die Einmischung der Regierung in die Wirtschaft nicht scharf

genug zurückweisen können, jubeln dieser Politik zu und benehnen sie als Sturmloch gegen das Reichsarbeitsministerium, falls dessen Schlichtungsbehörden irgendwo den Lohnforderungen der Arbeiter nachgeben könnten. Sie betreten dem Reichsarbeitsministerium jede zentrale Lohnpolitik, es sei denn die des Reichsfinanzministers.

Kann die Arbeiterchaft angesichts dieser Kämpfe im Güterhimmel der Regierung noch daran zweifeln, daß es sich bei den bevorstehenden Wahlen um mehr handelt als darum, ob diese oder jene Konstellation von Parteien zur Regierung gelangt. Es handelt sich bei dieser Reichstagswahl für das Unternehmertum um die dauernde Stabilisierung seines Einflusses auf die Regierung und Wirtschaftspolitik. Das bedeutet für die Arbeiterchaft die dauernde Befestigung einer arbeitfeindlichen Arbeitszeit und Lohnpolitik, die Stabilisierung der Mehrarbeit und des Hungers, die Ueberwindung aller Kriegsfolgen auf Kosten der Lage der Arbeiter. Lohnkampf und Wahlkampf sind diesmal dasselbe; es sind verschiedene Seiten des gleichen Problems. Eine alte Erfahrung zeigt, daß Lohnkampf und Wahlkampf einander ergänzen. In Perioden wirtschaftlichen Drucks, wenn die Widerstandskraft der Gewerkschaften erlahmt, stiegen die Stimmzahlen der politischen Arbeiterparteien. Die Arbeitermassen suchten dann instinktiv nach einer Verstärkung ihres politischen Einflusses. Auch heute ist der deutschen Arbeiterchaft die Gelegenheit gegeben, den rücksichtslosen wirtschaftlichen Gegner in seiner politischen Position anzugreifen, seine Macht zu erschüttern, seine Hoffnungen zu zerbrechen. Es kommt auf jede Stimme an, die den Parteien des Kapitals entzogen und der Partei der Arbeit zugewendet wird. Aber auch die zielbewusste Arbeiterpolitik buidet keine Stimmenzersplitterung. Kein Arbeiter, der seiner Gewerkschaft mit Ueberzeugung angehört, kann seine Stimme einer Partei geben, die die Gewerkschaften betämpft und zerstören will. Nur der Sieg der altbewährten politischen Arbeiterpartei verbringt uns eine soziale Wiederaufbau- und Wirtschaftspolitik, in der der Arbeiter zu seinem Lohn und zu seinem Rechte kommt.

Wie müssen die Gewerkschaften den Wohnungsbau fördern?

„Was sollen die Gewerkschaften nicht alles fördern, was müdet man uns zu? Nächstens sollen wir die Gewerkschaften auch noch auf die Förderung des „Bereins zur Verwertung von Lumpen, Glas und Papier“ einstellen. Auch für diese Förderung wird man uns mit „volkswirtschaftlichen“ Gründen zu geminnen suchen. Schließlich sind die Gewerkschaften nicht dazu da, alle Sünden der privaatkapitalistischen Wirtschaft zu heilen. Wer uns diese Aufgabe stellt, verzettelt die Kräfte der Gewerkschaften und macht sie vollends sturmreif für das Unternehmertum. Also verschont uns mit neuen „Aufgaben“. An der Bildung der alten haben wir noch mehr als genug zu tun. Und heute, wo das Privatkapital den Achtstundentag berennt und die Löhne abbaut, wäre es geradezu ein Verbrechen, wenn wir die Zeit, die Kraft und die Mittel der Gewerkschaften für neue Aufgaben zur Verfügung stellen sollten.“

So ungefähr wird der Gewerkschaftsführer denken, wenn er die Uebergriffe dieser Anregung liest. Auch die Masse der Arbeiter? Gewiß, ein gewerkschaftlich gesellter Arbeiter weiß was eine Konzentration der Kräfte im Kampf bedeutet. Auch ihm liegt das Hebel näher als der Red. Höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen erscheinen ihm zunächst wichtiger als die Teilnahme der Gewerkschaften an den allgemeinen Problemen der Wirtschaft. Diese Teilnahme wird ihm noch weniger wichtig erscheinen, wenn man von ihm Opfer erwartet, die nicht seine für jeden einzelnen sichtbare Erfolge zeitigen. Aber der Arbeiter und Angestellte ist nicht nur Lohn- und Gehaltsempfänger, sondern auch Lohn- und Gehaltsausgeber, er ist nicht nur Produzent, sondern auch Konsument. Und gestehen wir offen, daß die Gewerkschaften die Sorgen und die Schmerzen der Lohnausgeber nicht in dem Maße mitgetragen haben, wie die Sorgen und

„Billiges Fleisch.“

In dem kleinen Metzgerladen drängten sich am Ende der Woche die Käuferinnen. Meißter Puhmanns Geschäft lag direkt mitten im Fabrikviertel drin. Da Freitags Lohnzahlung war, so bedeutete für Puhmann der Tag und der darauffolgende Samstag kein eigentliches Hochbetrieb. Die übrigen vier Tage hätte er ruhig schließen können, da nahm er noch nicht so viel ein, als er für Licht ausgegeben hatte. Die Leute waren bitter arm.

Heute stand wieder alles voll. Es war 3½ Uhr, die schnellsten der Arbeiterfrauen waren schon da. Alle die, die wußten, daß, wer am frühesten kommt, die größte Auswahl hat, säumten den Laden ein.

„So bitte, ein Pfund Schweinefleisch. Eine Marz zeh“, sagte Puhmann.

„Sie sind wohl verrückt? Schon wieder fünfzehn Pfennige teurer?“

„Ja“, sagte der Metzger, „ich hab' mich auch gemundert über die Preise auf dem Schlachthof, das geht auf keine Kuhhaut mehr.“ Es sollte nicht klagen.

„Na nu hören Sie man auf — Sie und wundern, Sie haun doch auch noch Ihre paar hundert Prozent drauf.“

„Unser Schornstein will auch rauchen, Frau Kühn, besonders jetzt, wo die Regierung einen jeden Pfennig wieder nimmt. Die da oben gehören gehängt.“

„Die da oben“, höhnte Frau Kühn, „wenn man etwas nicht verteidigen kann, dann schießt man's auf“, die da oben. Das ist bequem, das ist billig, das kann nicht von jedem kontrolliert werden, kurz: ein Freibrief.“

Der ganze Laden stand ob dieser Einwendung von Frau Kühn Kopf. Zehnmal ertönte es:

„Nu, das stimmt doch!“ „Die faulen Köpfe!“ „Alles bloß für die eigene Tasche!“ „Gefoote Gesellschaft!“ „Beistochenes Gekumpel!“ und so fort mit Wonne.

„Ach, das keine Lust, die Regierung zu verteidigen.“ rief die Kühnste in den brodelnden Kessel hinein, „mir gefällt

se doch nicht. Aber wir hamn es am 4. Mai doch in der Hand, eine bessere Regierung zu bekommen.“

„Hörst du“, schrie eine junge Frau, „die machen da oben doch, was sie wollen.“

„Das ist, verstehen Sie, blankes, leeres Gerbe. Wie am 4. Mai die Wahlen ausgehen, so wird die neue Regierung aussehen. Genau so und nicht einen Knopf anders.“

„Lun Sie sich so viel Knochen an, Sie Gauner“, rief eine Kundin, „ich will Fleisch für mein Geld.“

„Wieviele ist da doch die Regierung schuld?“ rief jemand hinten und alles lachte. Puhmann aber machte böse Augen.

„Wieso denn grad am 4. Mai?“ fragte eine junge Mädchen Frau Kühn.

„Nun, weil wir da alle den Reichstag neu wählen. Bringen wir eine starke Linke in den Reichstag, bekommen wir eine republikanische, volksfreundliche Regierung, wählt aber das deutsche Volk wieder so einen rückgratlosen Jaufen, wie 1920, dann bekommen wir eben wieder eine Regierung des Reichsmaßes. Das ist das ganze Gebelminis.“

„Wenn ich Ihnen einen Rat geben soll, Leute“, rief Puhmann, „dann wählt bloß keine Roten; wie wir von der Sorte nicht so viel gehabt haben, da hat's Fleisch bloß 70 Pfennige gekostet.“

Der ganze Laden war zunächst ein wenig sprachlos. Etwas, als wenn jemand plötzlich gefagt hätte: „Zu Hause brennt's bei euch.“

Aber nur für Sekunden. Frau Kühn bäumte sich ordentlich auf: „Das wasgen Sie den Leuten zu sagen? Sie als Geschäftsmann wissen ganz gut, daß wir in den Fleischpreisen den verlorenen Krieg, die Verschleppung zum Wiederaufbau, die Reparationen, die Ruhrpreise, die zerrüttete Währung und was weiß ich sonst noch alles, mitbezahlen und daß Sie heute auch mehr einkaufieren als zu tun? Was haben damit die Sozialdemokraten zu tun?“

„Ach Sie...“ brummte der Metzger, „das weiß doch jedes Kind.“

„Zinsgebend aber auch bloß die politischen Kinder. Die anderen wissen recht gut, wo ihre Wutausläufer sitzen. Daß

die Sozialdemokraten den Himmel auf Erden nicht hervorzaubern konnten, lag doch bloß daran, weil ein Teil der Wähler bei der letzten Wahl statt verlagt hat, weil dann noch die Vertreter des Bürgertums im Reichstag ihre Pflicht nicht getan haben und weil ein Land, das fünf Jahre lang sein Volksovermögen zum Fenster hinausgeworfen hat und dann sich noch den Ruhrkrieg leistete, auf keinen grünen Zweig kommen kann, besonders wenn die Industrie, wie bei uns, gegen die eigene Arbeiterchaft fröndert.“

„Jawohl!“ „So ist es!“ So klang es jetzt aus dem Kreis der Käuferinnen. Ein bleiches junges Mädchen sagte: „Denen zulleibe sollen wir jetzt wieder zehn Stunden schufteln. Und da gibt's noch Arbeiterleben, die sich lutschen und sich anschnäueln, anstatt mit der Faust auf den Tisch zu schlagen und zu ihren Leuten zu halten. Das Volk wird nicht eher gefeiert, bis ihm das Fell über die Ohren gezogen ist. In roten Stimmzetteln muß die Bande erklicken.“

Der Metzger sagte kein Wort mehr, er sah, gegen diese Stimmung konnte er nicht aufkommen.

Eine alte Frau leuzte: „Wenn ich es doch erleben möchte, daß die Zustände besser werden, ich verweise aber dran.“

Frau Kühn, die schon unter der Tür stand, diese Worte aber gerade noch gehört hatte, drehte sich noch einmal um: „Wählen Sie nur am 4. Mai auch sozialistisch, dann tragen Sie ein Steinchen zum Bau der Zukunft bei. Die Arbeit ist schwer. Aber sehen Sie: Die alten Dombaumeister haben auch nicht das Ende ihrer Arbeit erlebt und doch den Bau begonnen, wissend: einmal wird er fertig. So müssen wir es machen, uns hält die Hoffnung, daß der Bau einmal vollendet wird.“

„Wer diesen Glauben haben könnte“, sagte jemand im Laden

„Den Glauben hat, wer sozialistisch fucht, der. Ich und handelt. Auf Wiedersehen.“

Im Laden aber trat eine nachdenkliche Stille ein. Man hörte nur flüstern und das Geräusch der Waage, wenn das Fleisch klatschend draufgeworfen wurde.

„Rüchste doch jede Frau so für unsere gute Sache wirken.“

Schmerzen der Lohnempfänger. Hier kauft eine Rade in der gewerkschaftlichen Betätigung, eine Rade, die jedem Arbeiter fürhbar ist, und auf seinem Gebiet heute so fürhbar wird als auf dem Gebiete der Versorgung mit Wohnraum.

Um die Sicherstellung der Ernährung bemühen sich die Konsumgenossenschaften so leicht und recht, wie es ihre Kräfte gestatten. Für die Sicherstellung der Bekleidung haben die Gewerkschaften hin und wieder bescheidene Anläufe genommen. Um die Sicherstellung des Wohnraumes der arbeitenden Volksschichten hat sich aber bisher keine Organisation der Lohn- und Gehaltsempfänger bemüht, sofern man von der sehr beschränkten und ohne jeden Kontakt mit den Gewerkschaften arbeitenden Tätigkeit der einzelnen Baugenossenschaften absteht. Und doch ist die Versorgung der minderbemittelten Volksschichten mit Wohnraum heute eine der wichtigsten Aufgaben, die die Organisationen der schaffenden Volksschichten in die Hand nehmen müssen. Ohne Ernährung und Kleidung kann der Mensch nicht leben. Der Konsum dieser beiden lebenswichtigen Güter läßt sich zur Not einschränken. Die Wohnung läßt sich aber weder entbehren noch ersetzten. Sie muß da sein, sie muß produziert werden. Aber die Besitzer des produzierenden Privatkapitals, die mit Wohnungen versorgt sind, haben an der Produktion von Wohnungen das geringste Interesse. Wird die Produktion von Nahrung und Kleidung eingeschränkt oder teurer, so fühlen es auch die oberen Schichten des Volkes. An der Einschränkung oder gar Stilllegung der Wohnungsproduktion hat das Privatkapital unter Umständen sogar ein sehr wichtiges Profitinteresse, weil damit die Mieten und mit diesen die Bodenpreise und die Grundrenten, kurz das arbeitelose Einkommen, erhöht wird.

Die breiten Massen des wertstätigen Volkes sind im höchsten Grade erbittert darüber, daß sie in der heutigen Wohnungsnot einem im wahren Sinne des Wortes „strotzenden“ Schicksal überlassen sind. Gerade der Nachwuchs der Gewerkschaftsmittglieder wird durch die Wohnungsnot am härtesten betroffen.

Heranzuzählen wir uns kurz, um welche Massen es sich hierbei handelt. Vor dem Kriege wurden in Deutschland jährlich etwa 200 000 bis 300 000 neue Wohnungen erbaut. Dieser Umfang der Bautätigkeit war notwendig, um den Bevölkerungszuwachs (jährlich rund 200 000 Hausaltungen) zu beherrschen und um einen Ersatz für die durch hohes Alter und unbrauchbar gewordenen Wohnungen zu schaffen. Nach dem Kriege haben wir durchschnittlich und jährlich etwa 40 000 bis 50 000 neue Wohnungen erbaut. Schon hieraus ergibt sich für die fünf Nachkriegsjahre ein Fehlbetrag von etwa 1 000 000 Kleinwohnungen. Zu diesem Fehlbetrag kommt aber noch hinzu der Bedarf an Wohnungen, der durch die ausgewiesenen und flüchtigen Familien und die aus den Kolonien und aus dem Ausland zurückgekehrten Auslandsdeutschen entstanden ist. Insgesamt kann der Fehlbetrag an Wohnungen in Deutschland zurzeit auf 1 1/2 Millionen oder 10 Proz. des normalen Sollbestandes geschätzt werden. Mit anderen Worten: etwa zehn Generationen von Wohnungsbedürftigen sind zurzeit in Deutschland unversorgt. Die Mehrzahl dieser Unversorgten gehört den arbeitenden Volksschichten an.

Besteht in Deutschland irgendeine Organisation, die sich der Wohnungsnot der minderbemittelten Volksschichten tatkräftig annimmt?

Reich, Länder und Gemeinden haben nach dem Kriege wohl eine Wohnungsfürsorgepolitik betrieben. Aber abgesehen von ihrer Unzulänglichkeit kam diese Wohnungspolitik — von Ausnahmen abgesehen — mehr den bemittelten Volksschichten als den unbemittelten zugute.

Die Wohnungsfürsorgegesellschaften wurden aus hier nicht weiter zu erörternden Gründen gleichfalls auf eine Politik zugunsten derjenigen Volkskreise eingestellt, die aus eigener Tasche namhafte Geldmittel für den Bau von Wohnungen aufbringen konnten.

Die Baugenossenschaften waren schon auf Grund ihrer gesellschaftlichen Konstitution nicht in der Lage, eine tatkräftige Wohnungsfürsorgepolitik zu betreiben, weil sie mehr auf Vermahlung als auf Neubau eingestellt waren.

Beständig die nach dem Kriege geschaffenen Treuhänderstellen für Bergmannsstellungen haben eine konsequente Arbeiterwohnungs-fürsorgepolitik verfolgt. Aber diese Treuhänderstellen und Siedlungsgesellschaften der Bergarbeiter sind nach der Beseitigung ihrer wichtigsten Finanzquelle, der Kohlenabgabe, zur Liquidation gezwungen.

Aus allen diesen Erwägungen heraus hat sich der DGB in Verbindung mit dem AFD-Bund und dem Allgemeinen deutschen Bauernbund entschlossen, eine „Reichswohnungs-fürsorgegenossenschaft für Beamte, Angestellte und Arbeiter“ zu schaffen, deren ausschließliche Aufgabe es ist, als Treuhänder der Wohnungsinteressen der minderbemittelten Volksschichten aufzutreten und diese Interessen nicht nur vor den öffentlichen Organen — Reich, Staat und Gemeinden —, sondern auch vor allen anderen Instanzen des privaten und öffentlichen Bau- und Wohnungsmarktes zu vertreten und die Wohnungsfürsorge der minderbemittelten Volksschichten nach dem Grundsatz der organisierten Produktion für den organisierten Konsum zu fördern.

Ein Wort an die Arbeiter!

„Wäre ich ein reicher Grundbesitzer, so wählte ich konjunktiv.“

„Wäre ich ein reicher Fabrikant, so wählte ich nationalliberal.“

„Wäre ich ein reicher Großhändler oder Börsianer, so wählte ich freisinnig.“

„Wäre ich aber ein Arbeiter, so wählte ich ganz selbstverständlich sozialdemokratisch.“

Amisrichter v. Köster, 1912.

Deutsche Arbeiterjugend als Bettler im Ausland?

Vom Jugend-Sekretariat des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wird uns geschrieben:

Die Not der letzten Zeit, besonders die große Arbeitslosigkeit, brachte bereits im vergangenen Sommer jugendliche Arbeiter in größerer Anzahl auf den Gedanken, ihr Glück im Ausland zu versuchen. Da die uns umgebenden Länder, besonders die deutschsprachigen, selbst Ueberfluß an Arbeitskräften hatten und ja auch noch haben, konnte nicht der ordnungsgemäße Weg der Emigration begangen werden, sondern man übertritt die Grenze „schwarz“, d. h. ohne Paß und ohne Einreiseerlaubnis. Besonders aus Deutsch-Oesterreich und aus der Tschechoslowakei kamen immer und immer wieder Mitteilungen darüber, daß junge deutsche Genossen die Unterstützung der dortigen Arbeiter- und Jugendorganisationen in Anspruch nehmen. Da nämlich an ein Arbeitsfinden nicht zu denken war, schlug man sich mehr schlecht als recht mit Mülligieren, Singen und Tanzen herum und nahm die Einrichtungen der Arbeiterchaft wie auch Volkshäuser, Herbergen usw. in Anspruch.

Mehr unternehmungslustige Gruppen von Wanderern machten an den Grenzen des deutschen Sprachgebietes nicht halt, sondern durchstießen den Balkan, Italien und wandten sich im Norden auch Skandinavien zu. Bemerkenswert dabei werden, daß es sich durchaus nicht nur um die Arbeiterjugend hierbei handelte, sondern auch Schüler und Studenten verjagten zahlreich, ihre Ferien auf ähnliche Weise billig zu verbringen.

Dem einzelnen oder der kleinen Gruppe, die solche Fahrten unternimmt, wird in der Regel nicht zum Bewußtsein kommen, welche Einbrüche durch solche Bettelfahrten bei der Bevölkerung des jeweils in Frage kommenden Landes herbeigeführt werden. Man muß ausländische Genossen, die viel in ihrem Land herumkommen, hören, um die öffentliche Meinung kennen zu lernen. Uebereinstimmend kommt dabei immer wieder zum Ausdruck, daß das Ansehen der Deutschen im Ausland leidet, wenn ganze Gruppen junger Menschen in die Welt hinausgehen, um die Mitleidigkeit anderer Völker in Anspruch zu nehmen.

Auch vor dem Kriege waren es junge Deutsche, Handwerker nach beendeter Lehrzeit meistens, die ganz Europa durch „Tippeln“ und dabei, soweit keine Arbeit zu bekommen war, mit „Flechten“ ihr Leben fristeten. Die heutigen „Tippelfahrten“, in der Wandereressprache „große Fahrt“ genannt, sind aber etwas wesentlich anders geworden. Zunächst einmal werden sie unternommen, auch wenn durchaus festgestellt, daß an Arbeitsfinden nicht zu denken ist. Dann aber wirkt die heutige Wander „Kluft“ unserer Jugend nicht, diese Fahrten in andere Länder zu einer sehr auffallenden

Angelegenheit zu machen, während der frühere Handwerksbetriebe sich möglichst wenig öffentlich bemerkbar machte. Schon bei uns im Lande sieht man sich noch erstaunt nach solchen Leuten um, die meinen, durch eine wallende Wähne und vielleicht auch noch durch einen Anflug von Christusbar im garten Anbengestirbt ihre höhere Geistigkeit daturum zu mühen. Es läßt sich leicht vorstellen, wieviel mehr diese Erscheinungen in Ländern wirken, die solchen Anblick überhaupt noch nicht gewöhnt sind. Kommt hierzu noch die durch lange Benutzung wachst gewordene Wähne und Kleidung, so ist es erklärlich, daß manche dieser Wanderer für eine Art von Zigeunern gehalten werden, die merkwürdigerweise aus Deutschland stammen.

Diese „großen Fahrten“ haben aber nicht nur eine dem deutschen Ansehen schädliche Wirkung — man erinnere sich nur des Rufes, den italienische Gipsfigurenhändler und slowakische Mausefallenhändler vor dem Kriege bei uns hatten —, sondern bringen die jugendlichen Wanderer selbst auch in unangenehme Situationen. Wer als Deutscher ohne Paß und Einreiseerlaubnis im Ausland betroffen wird, wird verhaftet und eingesperrt. In Rumänien wurde im vergangenen Jahre eine Wandergruppe wegen Spionageverdacht festgesetzt. Die deutschen Konsulate sind nicht in der Lage, den Ansprüchen nach Unterkunft und Verpflegung der Wandernden zu entsprechen; Not und Entbehrung sind dann die Folgen.

Wer folchem ungewissen Schicksal entgegen will, der unternehme keine „wilde Fahrt“ ins Ausland. Die Verbände der Jugend und auch die Gewerkschaften sind aber auf der anderen Seite in der Lage, den berechtigten Wünschen ihrer Mitglieder nach Remissionen fremder Länder und Völker zu entsprechen. Dann wird, gut vorbereitet, in Verbindung mit den ausländischen Organisationen, die Reise einen solchen Verlauf nehmen, wie sie sowohl dem einzelnen Teilnehmer, wie auch dem Ansehen unseres Volkes am dienlichsten ist.

Voraussetzung dazu ist aber auch, daß die einengende Bestimmung der Regierung, die es Arbeitern und Angestellten unmöglich macht, nach dem Auslande zu reisen, beseitigt wird. Es muß darauf hingedrängt werden, daß Ferienaufenthalt und Studienreisen nicht nur reichen Leuten vorbehalten bleiben, die das Geld dazu haben, für eine Unbedenklichkeitserklärung des Finanzamtes 500 M. zu zahlen.

Aus dem Steinbrudgewerbe.

Leipzig.

Nachdem die zum drittenmal angelegte Lohnverhandlung infolge der prologierenden Pfenniglohnangebote seitens der Steinbrudbetreiber wieder gescheitert war, hatte eine berechtigte Erbitterung innerhalb der Kollegenchaft sich gegriffen, die in einzelnen Betrieben durch Kündigungen, in anderen Betrieben durch sofortige Arbeitsunterbrechung ihren Niederschlag fand. Nach ein- resp. anderthalbtägigem Streik in 4 Firmen wurde auf dem Verhandlungswege mit den einzelnen Firmen vereinbart, den männlichen Hilfsarbeitern über 21 Jahre 5 M., von 17 bis 21 Jahren 3 M., den jugendlichen 2 M., dem weiblichen Hilfspersonal über 18 Jahre 3 M., unter 18 Jahren 2 M. Lohnverhöhung ab 29. März zu gewähren. Gleichzeitig wurde für Wittwoid, den 9. April, ein neuer Verhandlungstermin angelegt. Aber auch die Ereignisse der letzten Tage, während der die Kollegenchaft in den einzelnen Firmen ihrem Prinzipal persönlich ihre ketttraurige Lage vor Augen geführt hatte, war ohne Eindruck auf die Unternehmer geblieben, auch diese Verhandlung mußte auf Grund der unbefriedigenden Zugeständnisse von unserer Lohnkommission nach fünfständiger Verhandlung ergebnislos abgebrochen werden. Da noch am selben Abend mit den Bauhütern eine Einigung erzielt wurde, erludte uns der Syndikus der Prinzipale, nochmals den Versuch einer Einigung zu machen. Die sofort zusammenberufene Lohnkommission unterbreitete noch einige Verbesserungsansprüche auf telephonischem Wege, die angenommen wurden, so daß in letzter Minute eine Erschütterung im Leipziger Steinbrudgewerbe verhindert werden konnte. Daß die Arbeitszittfrage ganz selbstverständlich für die Prinzipale die Hauptrolle spielte, sei der Objektivität halber mit erwähnt. Unsere Lohnkommission leitete die Besprechung dieser Frage ab, da die betreffende Sitzung nicht dafür in Frage kommen konnte. Vereinbart wurde:

	Steinbrudbetreiber		Hilfsarbeiter	
	Mindestlohn	Zutage	Mindestlohn	Zutage
über 24 Jahre, verh.	26,—	5,17	24,—	4,02
„ 24 „ „ „	23,50	2,89	22,—	2,54
von 21—24 „ „ „	22,—	4,91	20,50	3,19
„ 21—24 „ „ „	20,—	2,95	18,50	1,81
„ 19—21 „ „ „	19,—	4,29	18,—	2,45
„ 19—21 „ „ „	17,50	2,16	16,50	1,17
„ 17—19 „ „ „	15,—	2,—	14,—	1,41
„ 16—17 „ „ „	„	„	„	9,50
„ 16—17 „ „ „	„	„	„	6,50
„ 14—16 „ „ „	„	„	„	5,50
„ 14—16 „ „ „	„	„	„	1,—

Steinbrudbetreiber erhalten dieselben Mindestlöhne wie Steinbrudbetreiber.

	Angelegten		Hilfsarbeiterinnen	
	Mindestlohn	Zutage	Mindestlohn	Zutage
Notarhanlegerinnen	15,50	3,15	über 20 J.	18,25
Apparatführerinnen	15,—	2,59	v. 18—20 „	12,—
Anlegerinnen	15,—	2,59	17—18 „	9,—
Brudrudanlegerinnen	15,—	2,59	16—17 „	7,50
Ausleger, „	13 J.	1,97	15—16 „	6,50
„ „	unt. 13 „	1,48	14—15 „	5,50

Für Bronzier, Lacktunier, und Federarbeiten mit der Hand und an Maschinen werden für jede Stunde als Extraentschädigung 0,03 M. gewährt. Wird unmittelbar an der Druckmaschine mit der Hand bronziert oder lackiert, erhalten Angelegten und Bogenführerinnen ebenfalls diesen Zuschlag.

Das Abkommen ist erstmals kündbar am 2. Mai für 9. Mai 1924.

Erstmals zahlbar, Freitag, den 11. April 1924. In den Firmen, in denen ein früherer Zahlungstermin ist, bleibt dieser bestehen.

Wir welchem Gefüß das Ergebnis von der Kollegenchaft aufgenommen wurde, zeigte die am 10. April nach der Grünen Schenke einberufene Brancherversammlung, die

Als wir noch einen Kaiser hatten!

„Er“

reiste wieder mal durch sein Land und gnädig, wie immer, beehrte er auch einen biederen Landjunker mit seinem Besuche. Der Schmarrschalk legte den also Geehrten rechtzeitig vorher von der höchsten Heimsuchung in Kenntnis und bat, einen würdigen Empfang zu bereiten.

Was auch mit Hilfe von zwei neuen Hypotheken und wochenlangem Schweißergießen sämtlicher Kassen des Gutes geschah.

Der große Tag kam heran, und alles war herrlich zugerichtet. Das liebe Dorfweib war mit Rosenöl beträufelt worden, und der Kuhstall schimmerte in einer Pracht, wie der große Spiegelsaal in allerhöchstem Schlosse in Berlin.

„Er“ kam, begaubeerte alles mit seiner Lebenswürdigkeit und nahm nach einer Biergestunde gnädigen Abschied mit den hübschen Worten: „Und was mich am meisten gefreut hat, mein lieber R., ist, daß Sie so gar keine Umstände gemacht haben!“

Wätschle Rangordnung.

In einer Instruktionstunde beehrte ein Feldwebel seine Retrunen über die Geheimnisse der Ehrenbezeugung gegen ihre Vorgesetzten. Erst kommt die Garde, dann die Linie und schließlich ist auch noch die Marine da, „die haben zwar Kragen wie's Bivul und Hosen wie's Bivul, aber ich kann euch nicht helfen, arischen müßt ihr sie doch!“

Der deutsche Idealismus.

In Ostpreußen war der Dorfschulmeister meistens darauf angewiesen, bei den reichen Bauern und dem Gutsherrn seines Dorfes reihum zu essen, was einen integrierenden Teil seines flüchtigen Gehaltes ausmachte. Die Kost war in seiner Absicht nicht zu lippig gehalten, um den ansehenden Volkshüter vor Wätlerei und daraus resultierendem Uebermut zu behüten. Und so kam es denn vor, daß einmal von dem ledernen Maße etwas übrig blieb. Das Wätschle wurde das der Frau Gutsherrin:

„Gut' Fru, de Schoolmeister het noch wat Geten übrig laten — wat fallt id dormit daun?“

„Tu etwas frei daran und gib es der Rahe,“ sagte die gnädige Frau Baronin.

Das angestammte Herrscherhaus.

Der kleine Ernst kommt freudeüberrnd nach Hause gefügt: „Mutter, Mutter, dent' mal, unser Fürst hat heute mit uns gesprochen —“

„So, was hat er denn gesagt?“

„Als er durch den Park ging, habe ich mich vor ihn hingestellt und Hurra gerufen, und da sagte er: „Scher dich aus dem Wege, du dumme Junge.““

Standpauke.

Was habt Ihr nur, was soll das Gegeine:

„Die Rechte marschier!“ Denkt an das eine,

Daß die Regel des Schicksals nicht blüdings rollt;

Ihr alle habt Macht, es abzuwenden,

Das Wahrscheinliche liegt in Euren Händen,

Denn: Ihr könnt wählen, genau so, wie Ihr wollt.

Aber manchmal, da verlangt das Kind seine Puppe,

Und was sonst wird, ist ihm absofut schuppe.

Wir mühten ja schon einen Weltkrieg verlieren,

Weil wir gar so lange keinen gehabt hatten

Und uns zu wenig am Stabfuß gelad hatten.

Wollt Ihr also durchaus an den Rhein marschieren, —

Dann wätschle ruhig wätschle und reaktionär.

Nur, herrschaffen, beschwert Euch nicht hinterher.

Euch vertraut die Verfassung den Stimmzetteln.

Möchtet Ihr aber durchaus nicht fegen,

Sondern Euch lieber schlafen legen,

Dann bist Du und jeder mit schuld gewesen

An dem, was dann kommt! M. v. R.

